

Kurzgesagt

Weniger Motoren auf dem Rhein (siehe Seite 7).

15,4 Prozent. Das ist der Anteil der motorlosen Boote bei uns auf dem Rhein. So tief war er seit 1985 nicht mehr. Ein paar wenige Jahre lang nur war die Bevorzugung von motorlosen Booten auf Betreiben von FDP-Kantonsrat Thomas Hauser hin in Kanton und Stadt Schaffhausen aufgehoben. Und diese wenigen Jahre reichten, um die Bemühungen um ein ausgeglichenes Verhältnis auf dem Rhein zu zerstören. Das zeigt die Antwort auf eine kleine Anfrage der AL im Kantonsrat.

Die 50:50-Regelung, wie sie heute dank der *Aktion Rhy* wieder in der Stadt gilt, ist wichtig. Man könnte sogar ruhig einen höheren Anteil an Stachelweidlingen anstreben. Nur reicht eine städtische Regelung nicht. In einigen Rheingemeinden werden heute motorlose Boote bei der Liegeplatzvergabe nicht bevorzugt. Das sollte sich ändern. Nun mögen die Verhältnisse zum Stacheln nicht in allen Gemeinden ideal sein, und viele Leute möchten ihren Weidling im Alter weiterhin, mit Motor, nutzen können. Eine zusätzliche Verbesserung wäre, wenn im Kanton Boote mit Elektro- grundsätzlich gegenüber jenen mit Benzinmotoren bei der Platzvergabe bevorzugt würden.

Nora Leutert

Korrigendum

Im Artikel zum IVS-Jubiläum vom 20. August kam ein ehemaliger Chef der Waffen-SIG namens Gottfried End vor. Ein Fehler: Der Mann hiess Gotthard.

AZ

Impressum

Schaffhauser AZ

Die unabhängige Wochenzeitung

Webergasse 39
Postfach 57
8201 Schaffhausen

Redaktionsleitung
Mattias Greuter (mg.)
Marlon Rusch (mr.)

Redaktion
Caroline Baur (cab.)
Nora Leutert (nl.)
Romina Loliva (rl.)
Luca Miozzari (lmi.)
Fanny Nussbaumer (fn.)
Jimmy Sauter (js.)

Fotografie
Peter Pfister (pp.)

Kontakt
052 633 08 33
redaktion@shaz.ch
www.shaz.ch

Verlag
Bernhard Ott
verlag@shaz.ch

Inserate
Sibylle Tschirky
inserate@shaz.ch

Abonnieren
Probeabo (3 M.): 35 Fr.
1 Jahr: 185 Fr.
1 Jahr Soli-Abo: 250 Fr.
abo@shaz.ch

Kommentar

Die SVP, ärmste der Parteien?



Mattias Greuter über das Ende des Geheimniszeitalters.

2020 ist das letzte Wahljahr, in dem Parteien die Grösse ihrer Kampfkasse und die Herkunft der Mittel geheimhalten dürfen.

Denn am 9. Februar dieses Jahres wurde die Transparenzinitiative der Juso angenommen. Für den Artikel auf Seite 3 haben wir den Kandidierenden für Stadt- und Regierungsrat ein paar Fragen geschickt und quasi einen Teil des neuen Verfassungsartikels angewendet.

Die gute Nachricht: Alle Parteien haben Antworten geschickt. Auch die FDP, die in der Vergangenheit bei ähnlichen Anfragen meist schwieg, lieferte Zahlen, sogar detailliertere als erfragt, und diese waren auch glaubwürdig.

Die schlechte Nachricht: Den Angaben, welche die SVP machte, können wir nicht glauben. Dabei wollen wir nicht die ganze Partei in den gleichen Topf werfen: Das angegebene Budget für den Regierungsratswahlkampf ist plausibel – merci. Aber was den mit der grossen Kelle angerührten Stadtratswahlkampf angeht, können wir nur den Kopf schütteln.

Ein kleines Experiment: Führen Sie sich die Gesichter vor Augen, die Sie in den letzten Wochen von Plakatwänden und Broschüren angestrahlt haben. Halten Sie es für denkbar, dass die SVP von allen Parteien das kleinste Wahlkampfbudget pro Stadtratskandidat hatte? Eben.

Nun, es bringt nichts, mit Daniel Preisig zu schimpfen, der bei den Ausgaben für seinen Wahlkampf tief gestapelt hat. Schliesslich war es selbstverständlich freiwillig, die Fragen der AZ (und der SN) zu beantworten.

In Zukunft wird Transparenz Pflicht sein, dafür hat die Stimmbevölkerung gesorgt. Wie nötig das ist, hat die SVP freundlicherweise gleich selbst demonstriert. Doch das Experiment der AZ zeigt auch: Bei der Umsetzung der Transparenz-

initiative müssen ein paar gewichtige Fragen geklärt werden.

Die offensichtlichste davon: Was passiert, wenn eine Partei ein kleines Budget offenlegt, aber viel mehr Geld ausgibt? Wird die Ausrede, dass sich der Umfang einer Kampagne je nach Spendeneingang verändern kann, zum Schlupfloch? Wie wird der Kanton oder eine damit beauftragte unabhängige Stelle das kontrollieren? Im Gegensatz zur nationalen Transparenzinitiative, über die voraussichtlich nächstes Jahr abgestimmt wird, hat die Juso in Schaffhausen keine Bestimmungen zur Kontrolle der tatsächlich ausgegebenen Gelder festgelegt. Hier muss der Kanton ergänzen.

Denn Kontrolle ist notwendig. Ein Gesetz, dessen Einhaltung nicht überwacht wird, ist ein Papiertiger. Schliesslich sieht die Verfassung neue Strafen vor, wenn die Transparenzbestimmungen nicht eingehalten werden. Baut der Kanton in der Umsetzung keine ausreichenden Kontrollmechanismen ein, werden Parteien und Abstimmungskomitees argwöhnisch Detektivarbeit betreiben, gegnerische Plakate zählen und Anzeigen erstatten. Das kann nicht das Ziel sein.

Man muss nicht belliger sein, um zu erahnen, wie sich die SVP zur Frage der Umsetzung der Transparenzinitiative positionieren wird. Sie wird versuchen, den neuen Verfassungsartikel auszuhöhlen und für Schlupflöcher kämpfen – das hat sie schon bewiesen, als sie nach der Abstimmung im Februar laut darüber nachdachte, wie sie die neue Transparenz umgehen könnte.

Man darf gespannt sein, wie der Kanton dies zu verhindern gedenkt. In der Zwischenzeit wünschen wir der städtischen SVP viel Vergnügen im letzten Wahljahr des Geheimniszeitalters.